

DER BLUTIGSTE KONFLIKT

**WÄHREND IM IRAK DAS BLUT
IN STRÖMEN FLIEßT, VERLIEREN
IRAKISCHE FLÜCHTLINGE IN
DEUTSCHLAND IHREN SCHUTZ**

Bernd Mesovic

Am 8. Januar 2007 hat das UN Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) einen dringenden Hilfeaufruf veröffentlicht. Gebeten wurde um Mittel, um die Hunderttausende von Flüchtlingen und Vertriebenen des Irak-Konfliktes unterstützen zu können. In dem Aufruf heißt es: »UNHCR geht davon aus, dass aufgrund der fortdauernden Gewalt weiterhin mit Massenflucht und Vertreibung von Irakern zu rechnen ist. Der aktuelle Exodus stellt die größte längerfristige Fluchtbewegung im Nahen Osten seit der Vertreibung der Palästinenser nach der Gründung Israels 1948 dar. Ungefähr jeder 8. Iraker ist derzeit auf der Flucht. Immer mehr Menschen fliehen vor der wach-

DER LETZTEN JAHRZEHNTE

senden konfessionell motivierten, ethnischen, aber auch allgemeinen Gewalt.« Allein 2006, so schätzt UNHCR, sind fast 500.000 Iraker im eigenen Land geflohen. Die Gesamtzahl der Binnenvertriebenen im Irak schätzt UNHCR auf 1,7 Millionen Menschen. Bis zu 2 Millionen Iraker sind in die Nachbarländer geflohen, jeden Monat kommen bis zu 50.000 hinzu. In Syrien sind schätzungsweise zwischen 500.000 und 1 Million Irakflüchtlinge, in Jordanien bis zu 700.000, 20.000 bis 80.000 in Ägypten und bis zu 40.000 im Libanon. Die Schätzungen sind deswegen nicht genau, weil die meisten Flüchtlinge bei Verwandten unterkommen oder von örtlichen Helfern versorgt werden, ohne sich registrieren zu lassen. Die britische Zeitung The Independent schrieb bereits am 23. Oktober 2006: »Der Irak ist auf der Flucht. Überall

innerhalb und außerhalb des Landes quetschen sich jetzt Iraker, die einmal in ihren eigenen Häusern gelebt haben, aus Sicherheitsgründen zu sechst oder siebt in einem Raum in Behelfsunterkünften zusammen. Viele gehen, nachdem sie bedroht worden sind. Oft gehen sie, nachdem sie einen Briefumschlag mit einer Patrone darin erhalten haben oder einer gekritzelt Notiz mit dem Hinweis, dass sie sofort abhauen sollten. Andere fliehen, nachdem ein Verwandter getötet worden ist, im Glauben, man werde der Nächste sein.« Reiche und Arme, alle sind bedroht. Es trifft den wohlhabenden Arzt in Bagdad ebenso wie den schiitischen Bäcker. Jordanien öffnet seine Tür eher für Sunniten als Schiiten. Letztere gehen dann eher nach Syrien. Jeden Tag fahren überladene Busse von Bagdad nach Damaskus. Besonders schnell verschwin-



det die christliche Minderheit aus dem Land. Viele Kirchen sind bereits geschlossen. Bagdad zerbricht in seine unterschiedlichen Stadtteile – jeder unter Kontrolle seiner eigenen Miliz. Eine gegenseitige ethnische Säuberung auf engstem Raum. Die Ordnung ist fast überall zusammengebrochen. Geschäftsleute zahlen für die Ermordung ihrer Konkurrenten, Kidnappings sind an der Tagesordnung. Sunnitische Militante ermorden Frauen, die Hosen tragen und Männer mit Shorts. Rivalisierende Schiitenmilizen streiten erbittert um die Kontrolle über Ölfelder.

POLITIK DER VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT

»Diese zunehmende menschliche Katastrophe ist einfach vom Radarschirm der meisten Geberländer verschwunden«, so kommentiert der Irak-Koordinator des UNHCR die amerikanische und europäische Zurückhaltung bei der finanziellen Unterstützung der Nachbarländer des Irak, in denen die meisten Flüchtlinge stranden. Nur wenige Flüchtlinge haben die Mittel, eine Weiterflucht nach Europa zu versuchen, wo ihnen die Türen nicht offen stehen. Während jeden Monat 40.000 weitere Flüchtlinge allein nach Syrien gelangen, hält Europa sich vornehm zurück. Die modernisierte Fassung des Sankt-Florian-Prinzips heißt: Verschon das gemeinsame europäische Haus, zünd andere an.

Deutschland betreibt eine eigenständige Politik der Verantwortungslosigkeit. In Deutschland leben derzeit etwa 75.000 Irakerinnen und Iraker, die meisten sind noch zur Zeit Saddam Husseins geflohen. Seit 2003 wurde mehr als 14.000 Irakern der Flüchtlingsstatus widerrufen. Zehntausende betroffene Iraker sind inzwischen ausreisepflichtig. Ausreisepflichtig in ein Land, das zu bereisen das Auswärtige Amt dringend warnt.

Deutsche Ausländerbehörden ignorieren das Chaos im Irak und behandeln den Irak als völlig normales Land, obwohl kaum eine der staatlichen Institutionen funktioniert. So verlangen die Standesämter von in Deutschland lebenden Irakern bei Eheschließungen und bei der Beurkundung von Geburten, zusätzlich zum irakischen Pass Auszüge aus dem Geburtsregister, Ledigkeitsbescheinigungen und Beglaubigungen des irakischen Außenministeriums beizubringen. Zum Teil lehnen Ausländerbehörden auch für Iraker, die nicht aus dem relativ sicheren Nordirak kommen, die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen ab und machen geltend, eine freiwillige Rückkehr in den Irak sei zumutbar. Aufenthaltserlaubnisse aus humanitären Gründen werden mit dem Argument abgelehnt, es handle sich beim Irak um Übergangsprobleme eines Landes auf dem Weg zu demokratischen Verhältnissen. Mehr als eine Duldung soll Irakern nicht gewährt werden.

KEIN SCHUTZ IN DEUTSCHLAND

Bei Asylsuchenden aus dem Irak sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Verwaltungsgerichte überwiegend der Auffassung, es gebe keine dem Einzelnen drohende Verfolgungsgefahren, sondern nur eine allgemeine Gefahrenlage. Die könne ausschließlich durch einen Abschiebungsstopperlass der Länderinnenminister berücksichtigt werden. Das Bundesinnenministerium (BMI) ist der Vorreiter solcher Auslegungen. Das BMI weigert sich beharrlich, europäische Standards zum Schutz vor Abschiebung in bewaffnete Konflikte umzusetzen. Sie finden sich in der sogenannten Qualifikationsrichtlinie. Nach dieser Richtlinie werden auch Personen geschützt, die vor Bürgerkriegen fliehen. Bei einer vernünftigen Auslegung dieser Richtlinie müssten auch die irakischen Flüchtlinge einen Abschiebungsschutz bekommen – selbst dann, wenn sie keinen Anspruch auf Asyl haben. Die Richtlinie ist vom Bundesgesetzgeber nicht

fristgerecht in nationales Recht umgesetzt worden. Deshalb ist sie seit Ablauf der hierfür geltenden Frist direkt anzuwenden. Das BMI will auf keinen Fall Schutz geben, wenn es um Gefahren geht, die die gesamte Bevölkerung treffen.

UMSETZUNG VON EU-RICHTLINIE GEFORDERT

PRO ASYL sieht hierin den Versuch, eine Lücke in das europäische Schutzsystem zu reißen. Ist die Situation im Herkunftsstaat von willkürlicher Gewalt geprägt, dann ist dies nicht eine lediglich »allgemeine Gefahr«. Es folgt nämlich aus der willkürlichen Gewalt für den Einzelnen die jeweils individuelle Bedrohung. PRO ASYL fordert deshalb: Der Gehalt der europäischen Richtlinie muss vollständig umgesetzt werden. Aber muss man eigentlich juristisch argumentieren, um den Wahnsinn des deutschen Umgangs mit irakischen Flüchtlingen zu verdeutlichen? Der Irak brennt, Millionen von Flüchtlingen sind im Irak und im Nachbarland unterwegs – nur Deutschland leistet sich juristische Spielereien, die nur ein Ziel haben: Schutz zu verweigern und zu entziehen! ■